

Süßes im Supermarkt, Bitteres in der Lieferkette

Das neue Jahr hat gerade begonnen, draußen schneit es und ist kalt. Im Supermarktregal spielt die Jahreszeit jedoch keine Rolle, auf das Sortiment ist ganzjährig Verlass. In den Süßwarenabteilungen liegen vielleicht noch die letzten Schokoladen-Weihnachtsmänner, aber in der Obst- und Gemüseabteilung sieht es aus wie immer: unabhängig von der Saison finden sich hier Bananen, Mangos, Tomaten und Paprika zu dauerhaft günstigen Preisen.

Im Lebensmitteleinzelhandel ist also alles wie gehabt. In der Textilbranche ist zurzeit etwas mehr Aufruhr: gleich zwei Brandkatastrophen in den letzten Monaten in Pakistan und in Bangladesch haben die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Der eine oder andere Verbraucher macht sich plötzlich etwas mehr Gedanken darüber, wo die billige Bekleidung herkommt und ob in der Textilfabrik möglicherweise Brandschutzvorkehrungen missachtet, Arbeitsrechte verletzt und Näherinnen mit Hungerlöhnen abgespeist wurden.

Aber nicht nur in der Textilbranche ist Engagement gefragt. Horrende Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne sind in anderen Sektoren genauso gang und gäbe – zum Beispiel im Elektronik-Sektor und im Lebensmitteleinzelhandel. Besonders schlimm sieht es oft bei tropischen Früchten aus. Gerade diese Produkte stammen oft aus Entwicklungsländern, in denen große Bevölkerungsschichten in Armut leben, soziale Sicherungssysteme so gut wie nicht existieren und oftmals Behörden und Justiz wenig Macht und Einfluss bei Verletzung von Menschenrechten und Umweltstandards haben.

Bittere Bananen

Zum Beispiel in der Bananen-Lieferkette. Für die Oxfam-Studie „Bittere Bananen“ (Oxfam 2011) haben wir mit Arbeiter/innen in Ecuador, dem weltweit größten Exporteur von Bananen, gesprochen. Die Studie zeigt, dass menschenunwürdige Arbeitsbedingungen die Regel sind. Besonders problematisch sind Löhne, die weit unter das Existenzminimum fallen und nicht ausreichen, um eine Familie zu ernähren. Der durchschnittlich gezahlte Nettolohn liegt laut der befragten Bananenarbeiter/innen bei rund 237 US-Dollar, deutlich unter der staatlich definierten Armutsgrenze von 544 US-Dollar für eine vierköpfige Familie.

Daneben gefährdet der Einsatz von Pestiziden die Gesundheit der Plantagenarbeiter/innen und Anwohner/innen. Obwohl das ecuadorianische Gesetz dies verbietet, werden immer noch gefährliche Pestizide von Flugzeugen aus auf die

Felder gesprüht, oft während der Arbeitszeit und ohne, dass Schutzkleidung zur Verfügung gestellt wird.

Gleichzeitig werden Möglichkeiten, sich zum Beispiel durch gewerkschaftliche Organisation gegen solche Zustände zu wehren, unterbunden: auf den Bananenplantagen in Ecuador sind Entlassungen wegen Gewerkschaftszugehörigkeit immer noch an der Tagesordnung.

Auch in anderen Ländern wie Costa Rica fand zum Beispiel die Studie „Das krumme Ding mit der Banane“ (Südwind & Misereor 2012) schlecht bezahlte, extrem harte Arbeit, Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten und Verletzung von Arbeitsnormen auf Bananenplantagen. Untersuchungen aus anderen tropischen Lieferketten zeigen ähnliche Probleme. Auch im Ananas-Anbau in Costa Rica werden Löhne weit unterhalb des Existenzminimums gezahlt, während Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Pestizideinsätze führen zu schweren Vergiftungen von Menschen, Tieren und der Umwelt (Oxfam 2008; BanaFair 2011).

Transparenz Jetzt!

Wenn es nicht gerade zu aufsehenerregenden Katastrophen wie den Bränden in Pakistan und Bangladesch kommt, bleibt das alltägliche Leid in den Lieferketten unserer Konsumprodukte in aller Regel im Verborgenen. Das liegt daran, dass Unternehmen bislang nicht zur Offenlegung von nicht-finanziellen Daten verpflichtet sind. Obwohl von Verbraucher/innen immer wieder verantwortlicher Konsum gefordert wird, ist es mit den frei zugänglichen Informationen so gut wie unmöglich, ethisch und moralisch korrekt einzukaufen. Statt Hochglanzbroschüren zum Thema CSR, ist grundlegende Transparenz nach einheitlichen Kriterien zu Arbeits- und Umweltstandards von Konzernen einschließlich ihrer Lieferketten dringend notwendig. Nur gesetzlich verbindliche Regeln können verlässlich dafür sorgen, dass soziale und ökologische Produktionsbedingungen sichtbar gemacht und von einer glaubwürdigen und durchsetzungsfähigen Kontrollbehörde überprüft werden. Und nur so kann auch ein fairer Wettbewerb entstehen – ein auf Freiwilligkeit beruhender Ansatz reicht dafür nicht aus.

Die Verantwortung der Supermarktketten

Transparenz allein ist aber natürlich nicht alles. Die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen sind eine Folge von Preisdruck in der Lieferkette. Dass die großen Bananenmultis wie Chiquita, Dole, Del Monte, Fyffes, Noboa oder Reybanpac enorme Marktmacht haben, ist seit langem bekannt. In den letzten zehn Jahren ist allerdings auch die Macht der Supermarktketten in der Wertschöpfungskette enorm angewachsen. In Deutschland teilen sich heute die fünf

führenden Supermarktketten Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro rund 90 Prozent des Marktes. Dabei beträgt der Marktanteil der Discounter am gesamten Lebensmitteleinzelhandel insgesamt 45 Prozent. Diese Marktmacht wird genutzt, um die Kosten zu drücken – die Folgen des Preisdrucks sind Hungerlöhne und schlechte Arbeitsbedingungen am anderen Ende der Lieferkette.

Wie viel Geld man mit der Billigstrategie machen kann, zeigt ein Blick in die vom Manager-Magazin kürzlich veröffentlichte Rangliste der reichsten Deutschen: Auch 2012 teilen sich Karl Albrecht (Aldi Süd) und die Erben von Theo Albrecht (Aldi Nord) die Spitzenplätze mit einem Vermögen von 17,2 Milliarden Euro beziehungsweise 16 Milliarden Euro. Dieter Schwarz von Lidl folgt auf Platz drei mit 12 Milliarden Euro (Manager-Magazin 2012). Die Discounter machen also mit der Preisdrückerei Milliarden Gewinne, während Arbeiter/innen auf den Plantagen ihre Familien nicht ernähren können.

Die Discounter selber sehen aber trotz ihrer riesigen Gewinnspanne keine Möglichkeit, die Arbeitsbedingungen und Löhne in den Lieferketten zu verbessern. Auf der Tagung „Fairness im Welthandel“ (ausgerichtet von Misereor in Kooperation mit der Supermarkt-Initiative, dem Forum Fairer Handel und Make Fruit Fair, Oktober 2012) erklärte der Lidl-Vertreter, man dürfe ihren Einfluss auf die Lieferketten nicht überschätzen – die wahre Macht läge in den Händen der großen Exporteure und Importeure.

Diese wiederum behaupten genau das Gegenteil – sie würden von den großen Supermarktketten mit harten Lieferbedingungen unter Druck gesetzt, die Preise würden ins Bodenlose gesenkt und unbegründete Rabatte gefordert. Untersuchungen von Oxfam und anderen Nichtregierungsorganisationen haben in der Tat gezeigt, dass unfaire Einkaufspraktiken bei den Supermärkten gang und gäbe sind. Wenn Lieferanten nicht mithalten können oder wollen, fliegen sie aus dem Sortiment. So bleibt ihnen oft nichts anderes übrig, als die Niedrigpreisforderungen an ihre eigenen Lieferanten weiterzugeben – für die Arbeiter auf den Bananenplantagen bleiben so nur noch Hungerlöhne.

Dass ginge auch anders. Interviews beispielsweise in Ecuador haben ergeben, dass von Supermarktketten aus anderen Ländern durchaus Nachfragen nach Arbeitsbedingungen auf den Plantagen kommen – nicht aber aus Deutschland. Sich für die Produktionskette der verkauften Produkte verantwortlich zu zeigen, ist durchaus keine Utopie. Zwar sind Lieferketten komplex, aber in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Frage nach Hygienestandards gibt es bereits heute strenge Kriterien und eine Rückverfolgbarkeit der Produkte. Ähnliches wäre für Sozial- und Umweltstandards möglich.

Dass sich die Supermarktketten, Importeure und Exporteure hier gegenseitig die Verantwortung zuschieben, zeigt vor allem eines: wir können weder auf die Selbstregulierung durch Marktkräfte selber hoffen noch darauf warten, dass Unternehmen Verantwortungsgefühle entwickeln. Stattdessen brauchen wir eine gesetzliche verbindliche Pflicht zur Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards entlang der Lieferketten.

Für soziale Mindeststandards – Supermärkte in die Pflicht nehmen!

Die großen Supermarktketten dürfen sich nicht länger ihrer Verantwortung für die Produktionsbedingungen in ihren Lieferketten entziehen. Sie müssen ihre Preispolitik ändern und durch echte soziale Selbstverpflichtungen menschenwürdige Arbeitsbedingungen garantieren. Soziale Mindeststandards entlang der Lieferkette müssen unter anderem Regeln zu existenzsichernden Löhnen, zur Gewerkschaftsfreiheit, zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und zur Nichtdiskriminierung von Frauen beinhalten.

Konsument/innen können durch ihr Verhalten Druck aufbauen, damit menschenwürdige Arbeitsbedingungen in Lieferketten Realität wird. Nicht nur, indem sie gezielt fair gehandelte Produkte nachfragen, sondern auch durch das Stellen unbequemer Fragen in lokalen Supermarktfilialen.

Eine weitere Möglichkeit des Engagements ist die Beteiligung an Eilaktionen auf der Webseite der Supermarkt-Initiative, einem von Oxfam mitgegründeten Netzwerk von 26 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Zurzeit läuft hier in Kooperation mit der internationalen Kampagne für nachhaltigen Bananen- und Ananashandel Make Fruit Fair eine Protestaktion für die Einhaltung von Arbeitsrechten auf Noboa-Bananenplantagen. In Ecuador wurden Arbeiter/innen entlassen, als sie die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns forderten und eine Gewerkschaft gründen wollten. Weil die europäischen Einzelhandelsketten, die Noboa-Bananen vertreiben, eine Mitverantwortung für ihre Lieferketten haben, wird die Aktion zum Beispiel auch an LIDL in Deutschland und Italien versendet.

Dringender Handlungsbedarf der Bundesregierung

Verantwortliches Handeln darf aber nicht freiwillig bleiben. Deshalb ist die Bundesregierung in der Pflicht: Soziale Mindeststandards innerhalb der Lieferkette müssen gesetzlich vorgeschrieben und unfaire Einkaufspraktiken kartellrechtlich verboten werden. Der politische Wille hierzu ist gegenwärtig nicht vorhanden. Im Herbst 2013 ist jedoch Bundestagswahl – jede/r Wähler/in hat die Möglichkeit, Parteiprogramme diesbezüglich zu prüfen und seine oder ihre Kandidaten vor Ort zu fragen, wie sie menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Lieferketten garantieren wollen!

Links

Mehr Info zu Supermarktmacht und Transparenz sowie Beteiligung an Eilaktionen :
<http://www.supermarktmacht.de>

Mehr Info zum Handel mit Bananen und Ananas sowie Beteiligung an Eilaktionen:
<http://www.makefruitfair.de/>

Protestaktion für die Einhaltung von Arbeitsrechten auf Noboa-Bananenplantagen:
<http://www.supermarktmacht.de/2012/12/eilaktion-von-make-fruit-fair-fur-die-arbeitsrechte-von-bananenplantagen-arbeiterinnen-in-ecuador/>

Christine Pohl ist Referentin für soziale Unternehmensverantwortung bei Oxfam Deutschland und koordiniert die Supermarkt-Initiative, ein Netzwerk von 26 Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, das sich für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in den Lieferketten der Supermärkte einsetzt.

Kontakt: cpohl@oxfam.de

Quellen

BanaFair (2011): Costa Rica: Apokalypse im Ananas-Anbau.

http://www.makefruitfair.de/sites/default/files/costa_rica_apokalypse_juli11_0.pdf

Manager-Magazin (2012): Die 500 reichsten Deutschen. Sonderausgabe 9. Oktober 2012.

Oxfam (2008): Endstation Ladentheke. www.oxfam.de/files/20080414_endstationladentheke_2007kb.pdf

Oxfam (2011): Bittere Bananen.

http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20111230_oxfambananenstudie_2072kb.pdf

Südwind (2012): Das krumme Ding mit der Banane. Soziale Auswirkungen des weltweiten Bananenhandels.

http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-17_Das_krumme_Ding_mit_der_Banane.pdf